

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

1.11.1924 (No. 256)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Kneub.
Karlsruhe

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Kneub.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und anwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung der Zeitungen und Kontenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufhebung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Umverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Besserung in der Arbeitsmarktlage hat auch in der Berichtswocde (23.—29. Oktober) angehalten, was insbesondere auf vermehrte Arbeitsmöglichkeiten in der Tabakindustrie, in geringererem Maße auch in der Metallindustrie zurückzuführen ist. Die Gesamtzahl der unterstühten Erwerbslosen sank um rund 1400.

In der Landwirtschaft konnten Vermittlungen nicht mehr in starkem Umfang getätigt werden, da die Gaderfruchtente ihrem Ende zugeht.

Ein Zuwachs von arbeitssuchenden Erwerbslosen ist für die nächste Zeit in der Industrie der Steine und Erden zu erwarten, da eine größere Tombarrenfabrik voraussichtlich ihren Betrieb stilllegen wird.

Die Lage der Pforsheimer Schmelzwarenindustrie ist weiter als recht gut zu bezeichnen, da dringende Exportaufträge vorliegen. Erfindungsreiche Arbeitskräfte werden weiter verlangt und überarbeitet in verstärktem Maße geleistet. Auch die Schwarzwälder Uhrenindustrie ist voll beschäftigt. Günstiger gestaltete sich die Vermittlungstätigkeit in der Metallindustrie, vor allem in Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe. Doch bleibt es fraglich, ob die Besserung erhalten wird.

In Konstanz bestand Nachfrage nach gelernten Strickern, Stickerinnen und Stickerinnen.

Sehr gut beschäftigt ist weiterhin die Papierindustrie; sie arbeitet teilweise mit Überstunden.

Das Holzgewerbe hatte teilweise Bedarf an Klüffern, Holztreibern und tüchtigen Möbelschreibern. Das Tabakgewerbe war in allen Landesteilen gleich aufnahmefähig für Arbeitskräfte. Verschiedene bisher geschlossene Betriebe konnten wieder geöffnet werden. Der Bedarf an tüchtigen selbständigen Kandidaten, sowie an Laboranten für die Zunderwarenindustrie konnte mangels geeigneter Arbeitskräfte nicht befriedigt werden.

Das Bekleidungs-gewerbe ist, soweit Schneider und Schneiderinnen in Frage kommen, leidlich beschäftigt. Im Mannheimer Bezirk waren Großschneidmacher und Damenschneider nicht restlos zu beschaffen, während an Tag-schneidern und Heimarbeitern ein Überangebot bestand.

In gewisser Zahl gelang es, perfekte männliche und weibliche Arbeitskräfte im Textilgewerbe zu vermitteln.

Das Bau-gewerbe ist im allgemeinen weiter gut beschäftigt. Benötigt wurden Maurer, Maler, Dachdecker und Rahmenmacher, sowie Gipser und Zimmerleute. Dagegen war die Arbeitsmöglichkeit für Erdarbeiter und Bauhilfsarbeiter noch begrenzt.

Im Gastwirts-gewerbe bestand in allen Berufsarten Überangebot.

Das Gleiche gilt im verstärktem Maße für kaufmännische und technische Personal. Bereits jetzt ausgesprochene Bindungen bei Banken für den 1. Januar 1925 lassen noch eine weitere Verschlechterung erwarten.

Überangebot besteht auch an Anfängerinnen für den Haushalt.

Weinherstellung aus ausländischem Obst

Nach einer neuerlichen Entscheidung des Reichsministers der Finanzen ist ein im Inland aus ausländischem Obst hergestellter Obstwein steuerlich als ausländischer Wein zu behandeln.

Die früher gebrachte Notiz, wonach derartige Obstwein als Inlandswein gilt, ist daher entsprechend zu berichtigen. Wirte und sonstige Weinkleinverkäufer, die solchen Wein verkaufen, verlieren ihre Verbrauchereigenschaft.

Auflösung des Reichskommissariats für Zivilgefangene. Nachdem die Auflösung der Heimkehrlager auf Grund einer Verordnung der Reichsregierung vom 17. Dezember 1923 in der Hauptsache durchgeführt ist, wurde das unter Leitung des Reichskommissariats stehende Reichskommissariat für Zivilgefangene und Mischlinge durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Oktober mit Wirkung vom 31. Oktober aufgelöst. Mit der Abwicklung der laufenden Geschäfte beauftragte der Reichsminister des Innern den Referenten im Reichskommissariat, Brinkmann. Die Abwicklungsstelle befindet sich in den bisherigen Geschäftsräumen des Reichskommissariats Berlin, Potsdamerstraße 134.

Die deutschen Südwesafrikaner. Reuter meldet aus Kapstadt, daß die deutschen Einwohner in Südwesafrika dem General Verhog, der eine Reise durch das Land macht, einen herzlichen Empfang bereiten. Verhog erklärte, er schätze sich seiner deutschen Abstammung nicht. Er verspreche die sympathische Eröugung der verschiedenen Beschwerden einschließlich der Beschwerden über die ungenügende Berücksichtigung des Deutschen in der Schule.

Ein eigenartiger Sieg

Die englischen Wahlen haben dank den Zufälligkeiten eines verdrehten Wahlsystems ein Faktum geschaffen, mit dem sich das britische Volk und die Welt für die nächsten 5 Jahre abzufinden haben, nämlich den Sieg der Konservativen Partei. Alle Wahlbetrachtungen aber werden, wenn sie von dem Willen zur Söchlichkeit und Objektivität getragen sind, von einer ganz anderen Tatsache ausgehen müssen, nämlich von der, daß nach Maßgabe der Stimmen die Konservativen nicht die Mehrheit errungen haben, daß vielmehr die Arbeiterpartei (Labour Party) und Liberale zusammen mehr Stimmen auf die Waage gebracht haben als die Konservativen.

Gewiß, auch die Konservativen haben, was die Stimmzahl betrifft, bei der Wahl gut abgeschnitten: sie haben zwei Millionen Stimmen hinzugewonnen. Das konnte nur geschehen auf Grund des Wahlbündnisses mit den Liberalen, dessen Nutzen einseitig den Konservativen zugute kam. Die Liberalen haben gegenüber der Wahl im Dezember 1923 ca. 1,3 Millionen Stimmen verloren; sie dürften ziemlich restlos der Konservativen Partei zugeflossen sein. Sie können aber später einmal von dort auch wieder zurückfliegen.

Ganz anders bei der Arbeiterpartei. Sie nimmt seit Jahren ständig an Stimmen zu. Die Wahlbeteiligung war diesmal besonders rege, und namentlich die Frauen sind zahlreich zur Urne gegangen. Dabei hat aber gerade die Politik der Arbeiterpartei eine so starke Attraktion ausgeübt, daß der weitaus größte Teil der diesmal Neuwählenden für ihre Kandidaten gestimmt hat. Und dennoch ein Wahlergebnis, das hinsichtlich der Mandate den Konservativen eine große Überlegenheit einräumt!

Die konservative Partei in England ist klug genug, um dies alles auch richtig einzuschätzen. Sie zeigt damit jedenfalls mehr Klugheit, als gewisse rechts stehende Blätter in Deutschland, die ihren Lesern die Tatsache selbst oder deren Bedeutung verschweigen, daß die Arbeiterpartei über eine Million Stimmen zugenommen hat und bei einem gerechten Wahlsystem mit soviel Abgeordneten ins Parlament ziehen könnte, daß es den Konservativen nicht möglich wäre, aus eigener Kraft eine Mehrheit zu bilden. Warum die rechtsstehenden Organe sich eine derartige Fälschung der Tatsachen zu Schulden kommen lassen, ist ja deutlich zu erkennen. Sie betreiben damit Wahlmanoeuvr und hoffen, die sogenannte „Niederlage“ der Labour Party könne im Sinne der deutschnationalen Parteierntessen anseuernd auf die Wählererschaft einwirken. Die Rechnung ist natürlich falsch, da bis zum 7. Dezember die Wahrheit längst in alle Schichten gedrungen sein wird.

Es ist die Frage, ob die Arbeiterpartei ohne die peinliche Affäre des Sinowjew-Vorfalles nicht bei den Wahlen noch größere Erfolge davongetragen hätte. Wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, daß die ganze Politik, die das Kabinett Macdonald gegenüber den Kommunisten des eigenen Landes und gegenüber der kommunistischen Regierung in Moskau befolgt hat, wenig auf die Stimmung des englischen Volkes berechnet war und sonach letzten Endes dem Kabinett geschadet hat.

Die Geschichte der letzten Jahre hat allen Politikern, die nicht mit Schenkklappen durch die Welt laufen, das eine klar gemacht, daß es schädlich und verhängnisvoll ist, wenn sich eine regierende Partei mit den Kommunisten einläßt. Die Dinge in Sachsen und in Thüringen ständen heute anders, wenn man nicht dort das gefährliche Experiment eines Zusammengehens mit den Kommunisten gewagt hätte. Soweit ist Macdonald ja nun nicht gegangen. Aber im großen und ganzen hat seine Politik doch den Anschein einer gewissen Duldsamkeit gegenüber den Kommunisten erweckt. Und sowohl der britisch-russische Vertrag, wie das Verhalten Macdonalds in der Sinowjew-Affäre waren keinesfalls geeignet, besonderes Wohlgefallen im britischen Volke herbeizurufen. In vielen Fragen ist die erdrückende Mehrheit der Engländer mit dem Kabinett Macdonald gegangen. Hier aber wurde eine Politik gemacht, die von Anfang an immer nur die Unterstützung der Arbeiterpartei allein finden konnte. Und diese Unterstützung war zu schwach.

Das eine steht fest, daß die Arbeiterpartei auch nach diesen Wahlen die stärkste und bedeutendste Oppositionspartei bleibt. Mit 5,5 Millionen Wählern, d. h. mit etwa 36 Prozent der überhaupt abgegebenen Stimmen, wird die Partei auch weiterhin eine gewichtige Rolle spielen. Und offenbar sind die Konservativen auch entschlossen, dieser Tatsache Rechnung zu tragen, indem sie ein einseitig konservatives Parteiregiment vermeiden. Das

schließt natürlich nicht aus, daß das neue konservative Kabinett in manchen Angelegenheiten, und zwar auch auf außenpolitischem Gebiet (so z. B. in der Frage des Genfer Protokolls), wesentlich andere Wege gehen wird, als das Kabinett Macdonald.

Das Endergebnis der englischen Wahlen

Nach den letzten Feststellungen erhielten die Konservativen 407, die Arbeiterpartei 152, die Liberalen 40 Sitze. Alle anderen Parteien erhielten 4 Sitze. Die genaue Zusammenfassung der verschiedenen Wahlergebnisse wird jetzt bekannt: Es ergeben sich für die Konservativen 7 593 000, die Arbeiterpartei 5 502 000, die Liberalen 3 105 000, die Kommunisten 56 000 Stimmen.

Die Regierungsbildung

W.D. London, 31. Oktober. (Reuter.) Die Kabinettsbildung wurde auf Dienstag vertagt. Es wird angenommen, daß die Regierung am Dienstag zurücktreten wird, ohne daß das Parlament vorher zusammentritt.

Alle Blätter halten es für ausgemacht, daß die Regierung am nächsten Dienstag zurücktritt. „Star“ glaubt, der Rücktritt werde erfolgen, sobald der Sonderausschuß die Prüfung des Sinowjew-Vorfalles, dessen Veröffentlichung im letzten Abschnitt des Wahlkampfes die Aussichten der Regierung so verhängnisvoll beeinflusste, beendet und seinen Bericht dem Kabinett vorgelegt haben wird. Der König wird voraussichtlich am Montag von Sandringham nach London zurückkehren.

W.D. London, 1. Nov. Die Blätter befassen sich mit der wahrscheinlichen Zusammenfassung des kommenden konservativen-Kabinetts. Die Ansichten der Presse gehen aber beträchtlich auseinander.

Der „Westminster Gazette“ zufolge wird Lord Curzon Vizepräsident of the Council und Führer des Oberhauses. — Es besteht weiter die Absicht, Lord Cope zum Lordkanzler zu machen und Lord Birkenhead vielleicht das Staatssekretariat für die Kolonien anzubieten. Austen Chamberlain, der möglicherweise Staatssekretär des Auswärtigen werden soll, wenn nicht Lord Crawford dieses Amt annehme, sei, wie man allgemein glaube, als Schatzkanzler in Aussicht genommen. Auch Churchill werde sicher aufgefordert werden, der Regierung beizutreten. Es könne jedoch noch nicht gesagt werden, in welcher Eigenschaft.

Weitere englische Pressestimmen

W.D. London, 31. Oktober. Den Blättern zufolge besteht kein Zweifel darüber, daß viele Tausende der Liberalen bei den letzten Wahlen konservativ gestimmt haben, weil sie der Ansicht gewesen seien, daß nur so die Sozialisten geschlagen werden könnten. „Daily Telegraph“ nennt den Sieg der Konservativen überwältigend, betont aber, daß in den meisten Wahlkreisen die für die Arbeiterpartei abgegebenen Stimmen um Tausende zugenommen haben. Die wahre Bedeutung dieser Wahlen liege in der Abiegung des Sozialismus in den Industriebezirken. In der „Morning Post“ heißt es, die Wählererschaft verlange von Baldwin, daß er das furchtbare Ubel des internationalen Sozialismus bekämpfe. Der Kampf sei noch nicht vorüber, er beginne erst. Die Wählererschaft habe Macdonald und der russischen Regierung beweisen wollen, daß sie mit dem Bolschewismus in irgend einer Gestalt nichts zu tun haben wolle. Im übrigen scheine es, als ob die Arbeiterpartei eines ihrer Ziele bei den Wahlen erreicht und die Liberalen als politische Macht vernichtet habe. — Die „Westminster Gazette“ schreibt, die Liberalen müßten das Ergebnis der Wahlen mit heiterem Mut hinnehmen in dem Sinne von Aquith, daß es sich nur um einen zeitweisen Rückschlag handle. Es bestehe kein Grund dagegen, daß der Liberalismus im Unterkaufe außerhalb desselben gute Beziehungen mit der gemäßigten Gewerkschaftsseite der Arbeiterpartei pflege; denn der Rückschlag, den die Arbeiterpartei erlitten habe, weil sie ihrem extremen Flügel folgte, müßte ein derartiges Zusammenwirken leichter machen, wenn die Arbeiterpartei mit Macdonald und ihren anderen Führern, die diese Katastrophe verschuldeten, abgerechnet habe.

Die Oberbürgermeisterwahl in Dortmund. In der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung wurde am Freitag in der Stichwahl Ministerialrat Dr. Auer-Berlin (Demokrat) mit 19 von 49 abgegebenen Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt. 16 erhielt der Kandidat desentrums, Bürgermeister Dr. Geher-Wochum. 15 Zettel waren weiß.

Der Essener Oberbürgermeisterposten. In letzter Zeit hat unter den Fraktionen des Rathauses erneut Besprechung über die Besetzung des Essener Oberbürgermeisterpostens stattgefunden. Danach ist die Wahl des Staatssekretärs Bracht, Chefs der Reichskanzlei, vorbehaltlich seiner Zustimmung zum Oberbürgermeister der Stadt Essen gesichert. Es kann angenommen werden, daß die Wahl im Laufe der nächsten Woche vorgenommen wird.

Im Lohnstreit der Gemeinbedarbeiter Mitteldeutschlands, der in einigen Staaten zum Einsatz der Technischen Nothilfe führte, schlossen die Parteien im Reichsarbeitsministerium anlässlich der Verhandlungen über einen Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des 3. in diesem Streit gefällten Schiedspruches eine Vereinbarung. Die Löhne werden für September und Oktober, sowie für November unter gewissen Voraussetzungen bis auf weiteres festgesetzt, und die Streiks mit sofortiger Wirkung abgebrochen.

Politische Neuigkeiten

Die Inangabelegung des Dawesplanes

Der Generalagent für die Reparationszahlungen Gilbert, hatte am Freitag in Berlin eine längere Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther, dem Reichsbankpräsidenten, dem Direktorium der Goldnotenbank, sowie mit hervorragenden Vertretern der deutschen Wirtschaft. Owen Young und Rufus Dawes verlassen heute Deutschland und werden am 12. November von London ihre Rückreise nach Amerika antreten. In einer Erklärung Pressevertretern gegenüber bestätigte Owen Young, daß der Dawesplan gut arbeitet und daß sowohl die maßgebenden deutschen Stellen als auch die Ententestaaten und Amerika davon überzeugt seien, daß der Dawesplan auch fernerehin einwandfrei funktioniert.

Die Uebergabe der Regie

Am 16. November geht der Eisenbahnbetrieb der französischen Regiebahnen des besetzten Gebietes auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft über. Personen und Reisegepäck und Expressgut werden von diesem Zeitpunkt ab wieder nach deutschen Tarif- und Dienstvorschriften abgefertigt. Die für den Verkehr innerhalb des Regiebahngeländes geltenden Einzelfahrkarten (des sogenannten Binnenverkehrs) gelten noch bis zum 16. November 1924 Mitternacht. Die von Stationen der Regiebahnen nach Stationen des Auslandes und von ausländischen Stationen nach Stationen der Regiebahnen gelösten Fahrkarten (z. B. Mainz-Paris, Brüssel-Worms, London-Ludwigshafen) behalten die ihnen aufgedruckte tarifmäßige Gültigkeitsdauer. (In der Regel 4 Tage für einfache und acht Tage für Rückfahrkarten). Die für Rechnung der Regiebahnen von ihren Agenturen ausgegebenen Fahrscheine gelten bis 30. November 1924. Die Wochenkarten verlieren mit dem 16. November ihre Gültigkeit. Sie müssen am 16. November nach Maßgabe der deutschen Tarife neu gelöst werden. Die Monatskarten, die von der Regie vor dem 16. November ausgegeben worden sind, behalten ihre normale Gültigkeitsdauer, keinesfalls aber über den 30. November 1924 hinaus. Wegen des Güterverkehrs ergibt sich weitere Mitteilung.

Der Übergang der Regiebahn vollzieht sich, wie aus Mainz gemeldet wird, bereits in dem Ausmaß, daß im Direktionsbezirk Mainz an der Hand von Listen täglich 50 französische und belgische Regiebeamte abgelöst und durch deutsche Beamte ersetzt werden.

Der Bahnbetrieb wird bei Übergabe der Regie nicht die geringste Unterbrechung erfahren, er wird vielmehr in gleicher Stärke, wenn nicht in vergrößertem Umfang erfolgen. Jedenfalls wird der neue deutsche Fahrplan wieder einen verstärkten Schnellungsverkehr auf der jetzt wenig benutzten rechten Rheinseite vorsehen.

Die Frage der 1. Zone

Nach einer Duisburger Meldung des „Kölnischen Volksblattes“ soll dort von zuständigen belgischer Seite die Mitteilung ergangen sein, daß die belgischen Truppen am 10. Januar aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen werden würden. Andere Meldungen sprechen davon, daß die Zurückziehung der belgischen Truppen auf der nördlichen Zone des besetzten Gebietes für den 10. Januar vorbereitet werde. Allen derartigen Behauptungen gegenüber ist Vorsicht geboten, da nach den Londoner Vereinbarungen über die Räumung der nördlichen Zone erst im Dezember auf einer Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten entschieden werden soll.

Der deutsch-französische Handelsvertrag

Ingeachtet der Wiederaufnahme der Verhandlungen zwecks Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages richtet die Handelskammer München an die Reichsregierung und ihre Unterhändler das dringende Ersuchen, unter keinen Umständen auf eine Verlängerung der elsaß-lothringischen Kontingente über den 10. Januar 1925 hinaus einzugehen. Die Kammer bittet vor allem, auch jeden Versuch Frankreichs unbeeinträchtigt zurückzuweisen, mit dem In-Ausfuhrstellen einer baldigen Überwindung die bisherigen Sonderbeihilfen für Elsaß-lothringische Produkte ganz oder teilweise aufrecht zu erhalten. Die Folgen eines Nachgebens deutscherseits würden nicht nur unsere Stellung bei allen sonstigen Handelsvertragsverhandlungen im Voraus einseitig festlegen, sie würden nicht nur für die deutsche Wirtschaft auch des besetzten Gebietes verhängnisvoll sein, sondern würden sogar die Wirtschaft

Karlsruher Konzerte

Das Rheinische Streichquartett, das in einer leider sehr mäßig besuchten musikalischen Abendfeier des bad. Landestheaters konzertierte, ist eine Vereinigung von nicht alltäglichen Qualitäten. Die meisten Sympathien erwarben sich die von Julian Gumbert gruppierten Spieler mit Julius Weismann's Phantastischem Reigen op. 60. Das aparte Stück, eigenartig gemischt aus westlichem (impressionistischem) Klangsinne und östlicher (romantischer) Verfassungsweise, wurde meisterhaft vorgetragen. Allerdings ist sein thematisches Material samt den eingestreuten arabischen Gebilden nicht wirkungsvoll genug, um in so großem Raum den Hörer unbedingt zu zwingen. Seine kleine flüchtige Form und die aporthische Stimmung dürfte vor intimer Kreis noch weit besser zur Geltung kommen. Es ist zu hoffen, daß wir dem Werk des die Handschrift knapp und souverän meisternd badischen Komponisten bald in geeigneteren Konzertsaal wieder einmal begegnen. In Schumanns F-dur-Quartett (op. 41, Nr. 2) zeigten die Instrumentalisten, daß sie vor allem im temperamentvollen Zusammenspiel Maßgebliches zu leisten vermögen. Am Ende gab's noch eine örtliche Novität; doch ist des Russen N. Morikowitsch's Ollere G-moll-Quartett (op. 20), dem weitere Quartette, Sertette und Oktette, ja sogar 2 Sinfonien zur Seite stehen, eine kaum nach mitteleuropäischen Begriffen zu beurteilende Angelegenheit. Das Werk ist national stark belastet und verwendet slavische Volkslyrik zwar in gut gekannter Tonsprache mit Anstand und Geschmack, aber alles Eigene, Stilvolle fehlt, wie es unsere Produktion älteren oder jüngeren Datums auszeichnet.

Zu einem Sonaten-Abend vereinigten sich Hermann Post (Violine) und Dr. Rudolf Bellardi (Klavier) wie schon mehrfach im letzten Winter. Leider hinterließ ihr erneutes Auftreten weder im potentiellen noch im feiner geistigen Sinne einen allseits günstigen Eindruck. Neben Finessen der Ausarbeitung fürten beim Vollbringen Reste eines Ungelösten, die nicht so sehr an mangelndem Ausgleich zwischen den beiden Spielern zu liegen schienen als in technischer Unsicherheit. Der sonst schätzenswerte Geiger ließ mitunter Klangfülle und Reinheit der Intonation vermissen und wurde von dem naturalistischeren Energetiker am Flügel zuweilen fast gedrückt. Wie anders hätte man doch die Interpretation einer Brahms-Sonate z. B. in Erinnerung,

schaft einer Reihe anderer wichtiger, am Güterausgleich mit Deutschland interessierten Staaten erheblich schädigen. Trotz des aufrichtigen Wunsches einer möglichst baldigen Befreiung der vertragswidrig besetzten Gebiete fordert daher die Handelskammer München unbedingtes Festhalten der Reichsregierung an ihrem ablehnenden Standpunkt.

Die Beamtengehälter

Von den Beamtenorganisationen ist schon vor geraumer Zeit der Regierung die Bitte unterbreitet worden, die Vierteljahrsgelöhner der Gehälter, die im Jahre 1923 auf Grund der Ermächtigungsgesetze abgeschafft wurden, wieder einzuführen. Aus finanziellen Gründen konnte diesem Verlangen bisher nicht stattgegeben werden. Wie eine Korrespondenz erzählt, hat man sich in letzter Zeit an zuständiger Stelle mit dieser Frage erneut beschäftigt. Es habe den Anschein, als ob jetzt namentlich im Reichsfinanzministerium eine andere Auffassung Platz gegriffen hätte. Allerdings sei man der Ansicht, daß die Reichsfinanz die Vorauszahlung der Vierteljahrsgelöhner an alle Beamten nicht gestatten. Man schlage daher vor, immer nur einem Drittel der gesamten Beamtengehälter das Vierteljahrsgelöhd zu zahlen. Die Drittelung solle entweder nach Wirtschaftsgebieten oder nach Gehaltsgruppen vorgenommen werden. Es sei auch in Vorschlag gebracht worden, die Einteilung nach den verschiedenen Verwaltungen vorzunehmen, so daß z. B. Eisenbahn-, Post- und Polizeiverwaltungen ihrer Beamten ein Vierteljahrsgelöhd zahlen, da die hier tätigen Beamten ein Drittel der gesamten deutschen Beamtengehälter bilden. Eine Entscheidung dieser Frage sei jedoch im Augenblick noch nicht zu erwarten.

Freitag vormittag haben bei der Reichsbahn A. G. in Berlin abermals Verhandlungen zwischen den Beamtenvereinigungen und der Direktion über die Frage einer Gehaltsaufbesserung für die Eisenbahnbeamten stattgefunden. Die Reichsbahn betrat dabei den Standpunkt, daß sie gesetzlich verpflichtet sei, die Bezüge ihrer Beamten der Regelung des Reichsfinanzministeriums anzugleichen und daß aus diesem Grunde zunächst eine Änderung der Grundgehälter nicht möglich sei. Wenn sich das Reich zu einer generellen Aufbesserung der Gehälter verstehen sollte, würde auch die Reichsbahn diesem Vorgehen folgen.

Die Indexberechnung

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände teilt mit, daß die Feststellungen des Statistischen Reichsamtes über die Entwicklung des Lebenshaltungszindex in letzter Zeit in gewerkschaftlichen Kreisen Verurteilung hervorgerufen haben. Die Indexfeststellungen der Gewerkschaften und anderer privater Stellen weichen von denen des Statistischen Reichsamtes ab. Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß die amtlichen Feststellungen hinter der tatsächlichen Lage zurückgeblieben seien. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände bearbeiten Vorschläge über eine Neugestaltung der Indexberechnung. Anfangs voriger Woche fanden im Statistischen Reichsamte zwischen Gewerkschaftsvertretern und den statistischen Bearbeitern des amtlichen Lebenshaltungszindex Besprechungen über die Methode der Indexberechnung statt. Zur Prüfung der gegenwärtigen Berechnungsmethode tritt im Laufe der nächsten Woche eine große Indexkommission zusammen, die aus Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände besteht.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten für den 29. Oktober ist gegenüber der Vorwoche unverändert. Für den Durchschnitt Oktober berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1,22fache gegen das 1,10fache im Durchschnitt September. Es ergibt sich eine Steigerung von 6,2 Prozent. Die Ernährungskosten allein betragen im Durchschnitt Oktober das 1,34fache der Vorkriegszeit.

Die reiche Kartoffelernte

Gegenüber zahlreichen Artikeln, die über eine ungenügende Kartoffelversorgung, insbesondere des Westens in der Presse veröffentlicht worden, sei hingewiesen auf Nr. 43 der „Kartoffelzeitung“, der Zeitschrift des Einheitsverbandes des deutschen Kartoffelhandels vom 26. 10. Daraus ergibt sich, daß von deutschen Kartoffelhandel die Marktlage wesentlich anders beurteilt wird. Es wird dort ausgeführt, daß das Ruhrkohlengebiet, wie überhaupt der ganze Westen in Kartoffeln erstickt und daß man in München noch nie so viel Waggons mit Kartoffeln erblüht, wie in diesen Tagen. Die Zufuhren gingen weit über die Aufnahmefähigkeit der Verbrauchermärkte hinaus. Auch andere Nachrichten bestätigen, daß Kartoffeln in erheblicher Menge am Markt sind.

als vor kurzem Vescey's bratschenhaft voluminöses Instrument sich zu reservierter, aber dennoch ausdrucksvoller Begleitung gestellt. Als Qualitätsleistung von einigemmaßen individuellem Reiz konnte immerhin die Wiebegerade von Dvorak's op. 57 gelten. Es gab dankbaren Beifall.

Mit einem ersten Klavierabend versuchte der neue Lehrer des bad. Konservatoriums Josef Schell vor der breiteren Öffentlichkeit Waden zu fassen. Mein Vertreter rühmt dessen technisch feingehobenes Spiel, findet aber, daß Scarlatti, Mozart, Beethoven musikalisch erfüllter und feilsch bewegter dargeboten werden müssen und sich nicht in der Sorgfalt und Feinheit des Fingern allein erschöpfen lassen. Dagegen nahm die ebenso virtuos wie gestaltungskraft angelegte Interpretation Schubert'scher und Schumann'scher Werke gefangen. Auch Chopin kam, wie man mir berichtet, am Ende der überlangen Vortragsfolge gleichwohl zu nachhaltiger Geltung.

Über einen Tangabend Dorothea Wenders kann ich mich diesmal kurz fassen, nachdem hier vor einem Jahre Grundfähliches zu ihrer „Tanzauffassung“ gesagt wurde. Dem der damaligen Eindruck vermochte der Abend in nichts Wesentlichem zu ändern, es war eben wiederum mehr eine Propagandaveranstaltung für ihre — an sich vielleicht recht gesunde und tüchtige — gymnastische Lehrmethode, hatte jedoch mit ästhetischem Tanausdruck sehr wenig zu tun. Die primitive Monumentalität einzelner stets wiederkehrender Bewegungen erinnerte an gute plastische Vorbilder, doch genigte das nicht um wirklich hochzureisen. Da die Lehrerin Wender anscheinend eine große begeisterte Gemeinde besitzt, so hatte auch die Solotänzerin einen starken äußeren Erfolg. Dem Kritiker, der sich nicht mit einigen unverbundenlichen oberflächlichen Bemerkungen begnügt, war aber ein solches Reagieren leider ganz unmöglich. Auch Nicolai Copatinoff's Begleitung ließ mancherlei zu wünschen übrig; in den Solotänzen gab's allerdings technische Wohlformenheiten, die meist aus Brahm's zusammengestellten Tänzen fehlte das rhythmische Rückgrat.

Deutsche Sprache — Deutsche Zukunft.

Der Deutsche Sprachverein hatte den bekannnten eifrigen Wortkämpfer für die Reinheit der deutschen Sprache, Prof. Dr. Edward Engel aus Berlin wieder einmal zu einem Vortrag in Karlsruhe gewonnen. Während des ersten Kriegsjahrs nahm

Potsdam gegen Schwarz-Rot-Gold

Die von dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vorgenommene Bannerweihe hatte Freitagabend ein Nachspiel in der Stadtverordnetenversammlung zu Potsdam. Ein von der Rechten eingebrachter Dringlichkeitsantrag, durch den der Magistrat ersucht wird, dafür zu sorgen, daß derartige herausfordernde Befestigungen durch fremde Elemente in der durch schwarz-weiß-rote Erinnerungen geheilten Städte in Zukunft unterbleiben, wurde unter großem Lärm angenommen. Der Magistrat faßte darauf eine Resolution, in der es heißt: Die städtische Bürgerschaft fordert auf das Entschiedenste, daß die Staatsregierung in Zukunft auf die Entschließungen der Potsdamer Bürgerschaft Rücksicht nimmt und im Rahmen der Befehle derartige Befestigungen verbietet, die dem Empfinden der Bevölkerung so offen zuwiderlaufen. Die Sitzung war von ogrenbeläubendem Lärm begleitet, sodaß die Nebenraum zu verlassen waren.

Die verweigerte Auslieferung des Erzbergmörders

Wie die Budapest Wälder berichten, hat die ungarische Regierung gestern die jüngste Note der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Auslieferung des Mörders Erzbergers Förster-Schulz beantwortet. Die ungarische Regierung erklärt, weiter auf dem Standpunkt beharren zu müssen, daß für Ungarn und Deutschland für die Auslieferung von Verbrechern keine Gegenseitigkeit besteht und sie Schulz nicht ausliefern könne, da er ein politischer Verbrecher sei. Die deutsche Regierung habe auch Czernegels, den Mörder des Grafen Tisza, nicht ausgeliefert. Die ungarische Regierung erklärt sich jedoch gerne bereit, über die Schaffung eines Vertrages zur gegenseitigen Rückablieferung mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten.

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett genehmigte am Freitag den Entwurf des Reichshaushaltsplanes für 1925.

Die Herabsetzung der Steuern. Die am Freitagabend stattgefundenen Besprechungen im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Länder über die in Aussicht genommene Steuerminderung konnten noch nicht zu Ende geführt werden und werden daher anfangs der nächsten Woche in den Reichsratsauschüssen fortgesetzt werden.

Die deutsche Kartoffel- und Zuckerebene. Im laufenden Jahre sind insgesamt 257 115 000 Doppelzentner Kartoffeln gegen 222 773 000 Doppelzentner im Jahre 1923 zu erwarten, was einem Plus von 15,4 Proz. entspricht. Die entsprechenden Ziffern für Zuckerrüben sind für 1924: 76 137 000 Doppelzentner gegenüber 1923: 66 337 000 Doppelzentner, also 14,7 Prozent mehr.

Der Kommunist Hedert verhaftet. Nach einer polizeilichen Meldung wurde der wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Oberreichsanwalt gefuchte bisherige kommunistische Reichstagsabgeordnete Hedert in Berlin festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die Überführung der Leiche von Jaurès nach dem Pantheon soll nach einem Beschluß des französischen Ministerrates am Sonntag, den 23. November erfolgen. Die Regierung wird bei der Feier offiziell vertreten sein. Der Sarg mit der Leiche des verstorbenen Parteiführers wird nach dem Palais Bourbon überführt und von da aus nach dem Pantheon gebracht werden. Ministerpräsident Herriot wird im Namen der Regierung sprechen.

Bücheranzeige

Otto Goerth: Miniaturen vom Bodensee (Mit 16 Tafeln und einer Karte, 320 Seiten Verlag Treder und Schröder Stuttgart). Der Bodensee ist so recht der Mittelpunkt der schwäbisch-alemannischen Landschaft, aber auch ein Mittelpunkt deutscher Geschichte. Die „Miniaturen vom Bodensee“ bieten aus dieser Fülle besonders wertvolle kulturelle und historische Ausschnitte, Bilder — Miniaturen —, dem Fremden zur lebensvollen Einführung, dem Freunde zur schönen Erinnerung. Von den „Mümmern in Wangen“, „St. Gallen und der Reichenau in der Kulturgeschichte des Bodensees“, „Kornfeld und dem großen Konig“, „Weingarten und dem Bodensee“, „Meersburg und Anette von Droste-Hülshoff“ handeln Kapitel, um nur einige Abschnitte des Buches zu nennen.

dieser wegen seiner ziemlich rüchlichen, manchmal sogar derben Angriffe gegen alle Fremdwörterbücher vielfach angefeindete Schärfe des Sprachgefühls hier Gelegenheit, sich über seine Beiträge auszusprechen. Er ist seitdem nicht milder geworden in seiner Beurteilung dieser Mißhandlung der deutschen Sprache. Seine damals aber noch ziemlich hoffnungsvollen Ausblicke in die Zukunft sind fast in das Gegenteil umgeschlagen, und manches Bittere klingt durch alle seine jetzigen Ausführungen, da er der Meinung ist, daß seine und seiner Weggenossen jahrzehntelange Arbeit nur magere Erfolge gezeitigt habe. Trotz der großen äußerlichen Erfolge seiner Werke kommt er zu dem Schluß, daß deren hauptsächlichster Zweck der Reinigung der deutschen Muttersprache von entbehrlichen Fremdwörtern kaum erreicht werde. Was der Feind nicht wagte uns anzutun, daß er uns seine Sprache aufzwinge, das beging die eigene Volksgemeinschaft. Indem der Ungebildete und Halbgebildete in Stille und Dunkel seine Rede mit vielen Fremdwörtern füllt, verliert er doch nichts anderes, als ein großer Teil unserer geistigen Führer. Die besten Kreise der Gebildeten und der Wissenschaft geben sich undeutsch und die wichtigsten Begriffe scheinen von ihnen in deutscher Sprache nicht ausgedrückt werden zu können. Sind die schwammigen, deformierten und vieldeutigen Fremdwörter so unentbehrlich? Ist unsere Sprache wirklich unwissenschaftlich, ungeeignet zum wissenschaftlichen Betrieb? Wir sind das Volk der Gegenfrage. Wir haben herrliche Lieder zum Ruhme unserer Muttersprache, wie sie kein anderes Volk hat, und gefallen uns andererseits in einer Mißachtung dieses höchsten Gutes — auch wie kein anderes Volk. Trotz der Zerrissenheit in viele Parteien und innerer Uneinigkeit — in einem aber sind wir ein einziges Volk von Brüdern: in der „Berluderung“ der Muttersprache. Wenn sich die Volksgenossen in den abgetrennten Gebieten in Nord, Süd, West und Ost mit der Sprache ihrer Vorfahren befreunden, wären diese Millionen für Deutschland endgültig verloren. Wir werden sicherlich wieder ein erfolgreiches Volk auf geistlichen und sonstigen Gebieten. Aber die größten Siege werden durch den Geist errungen. Der vereinte Wille würde nicht ohne Wirkung bleiben. Die Selbstsucht in Bezug auf unsere Sprache würde eine völlige Erneuerung des deutschen Volksgutes herbeiführen können. — Die lebensvollen Ausführungen des Redners trafen die Hörer oftmals zu Weltallbegegnungen hin, die sich am Schluß noch wesentlich festsetzen.

O. W.

Aus der Wahlbewegung Baden

Die Kandidatenaufstellung

In Karlsruhe tagte am Freitag das Zentralkomitee der badischen Zentrumsparlei. An der Kandidatenliste vom 4. Mai wurde nichts geändert. Man beriet und genehmigte dann den Wahlauftrag des badischen Zentrums. Den Vorsitz bei den Verhandlungen führte Prälat Dr. Schofer.

Wie die Mannheimer „Volkstimme“ mitteilt, werden von den 7 sozialdemokratischen Wahlkreisen in Baden für die Reichstagskandidatenliste folgende Namen vorgeschlagen: Oskar Beck in Mannheim, Schäpflin in Karlsruhe, Stephan Raier in Freiburg, Schwarz in Mannheim, Graf in Pforzheim, Frau Blase in Mannheim, Frau Fischer in Karlsruhe, Dr. Emil Kraus in Mannheim, Frau Stiegele in Durlach, Landwirt Lehn und Schriftfeger Großhans im Bezirk Konstanz-Singen. Die endgültige Fassung der Landesliste wird der sozialdemokratische Parteitag vornehmen.

In einer in Karlsruhe abgehaltenen Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Demokratischen Partei Badens wurden die Kandidaten von der letzten Reichstagswahl und zwar 1. Minister a. D. Hermann Dietrich, 2. Reichsanwalt Dr. Ludwig Haas und 3. Chefredakteur Alfred Scheel, einstimmig wiederum als Spitzenkandidaten für die Wahl am 7. Dezember aufgestellt.

Zu der deutschnationalen Entschliessung, in der ein gemeinsamer Wahlvorsatz der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei des Badischen Landbunds und der Wirtschaftlichen Vereinigung befürwortet wird, schreibt die „Neue Mannheimer Zeitung“: „Wie wir dazu erfahren, ist von der Deutschen Volkspartei noch keinerlei Stellung genommen worden. Wie wir die Stimmung innerhalb der Partei zu kennen glauben, geht die überwiegende Meinung auf selbständige Führung des Wahlkampfes ohne jegliche Bindung.“

Reich

Die Politik des Zentrums

Zur Politik des Zentrums äußert sich die „Frankf. Ztg.“ folgendermaßen:

„Die Herzschau des Zentrums ist am Mittwoch mit einem Landesparteitag für Preußen zu Ende gegangen. Es fällt schwer, ihr Ergebnis in eine kurze Formel zu bringen, auch die Resolution, die angenommen wurde, gibt dafür kaum einen Fingerzeig. Ihr ursprünglicher Text hatte sich auf ein Bekenntnis zu der Politik des Reichskanzlers Marx und eine stark betonte Vertrauensbindung für die Person des Kanzlers beschränkt. Aber die Politik, die die Zentrumsfraktion nach den Wahlen treiben werde, wollte man offenbar nichts sagen, um sich in jeder Richtung Entscheidungsfreiheit vorzubehalten. Erst später wurde die Rede ausgefüllt durch einen Satz, der die Vereinfachung des Zentrums zur Zusammenarbeit mit allen Parteien ausspricht, die gewillt seien und die Gewähr dafür böten, daß die innen- und außenpolitische Linie des Kanzlers Marx eingehalten werde. Wir glauben zu wissen, daß die Autoren dieses Satzes besonderen Wert auf die Forderung einer Garantie für die Einhaltung des Marxschen Kurses legten, weil sie damit für kommende Zeiten der Fraktion die Entscheidung erleichtern wollten, wenn wieder die Versuchung einer Rechtskoalition an sie heranträte. Die ganze Resolution wurde schließlich ohne jeden Widerspruch mit lauten Beifall angenommen. Ob sie die von ihren Vätern gewünschte praktische Konsequenz haben wird, bleibt trotzdem eine offene Frage, denn schließlich wird ja die neue Zentrumsfraktion ebenfalls festzustellen haben, ob die von ihr verlangte Gewähr für die Einhaltung des Marxschen Kurses vorliegt oder nicht. Es kommt also auf ihre Zusammensetzung an und auf die Tendenzen, die in ihr lebendig sind. Es kommt auch darauf an, welches die parlamentarische Konjunktur im neuen Reichstag sein wird, vor allem, ob die Versuchung von rechts her wieder so drängend auftreten wird wie im alten. An sich hatten wir den Eindruck, daß auf dem Parteitag ein Gefühl der Erleichterung darüber vorhanden war, daß man diesmal der einseitigen Bindung nach rechts noch entgangen war. Die Stimmung der großen Mehrheit war sicher für den Gedanken der Rechtskoalition nicht günstig, das zeigte sich auch in dem demonstrativen Beifall, mit dem die Reden der Gegner des Bürgerbunds aufgenommen wurden. Aber wir hielten es für falsch, wenn man annähme, daß das Zentrum auf einem Parteitag jetzt sich nach der anderen Seite hin, nach links, gedreht hätte. Es hat sich überhaupt nicht gedreht, sondern der Wille des Parteitag ist, daß auch weiterhin Zentrumspolitik und nur Zentrumspolitik getrieben werde. Welches der Inhalt und die Richtung der Politik sein soll, wurde nicht so klar festgelegt, daß man für jeden künftigen Fall schon eine Marschroute bereit hätte. Alle Teilnehmer, die Freunde wie die Gegner des Bürgerbunds, bekannnten sich zu der Politik des Kanzlers Marx, und dieses Bekenntnis wurde geradezu zum Mittelpunkt der ganzen Verhandlungen gemacht, auch zum Kern der Wahlparole. Aber, wenn man fragt, welches denn die Politik des Kanzlers Marx sei, so würde man wahrheitsgemäß von den Herren v. Güterbad und Kammerer eine etwas andere Antwort erhalten, als von den Herren Joos und Dr. Deffauer. Gewiß gibt die bald einjährige Erfahrung mit dem Kabinett Marx eine Gewähr dafür, daß der gegenwärtige Reichskanzler niemals seine Hand zu einem politischen Ergeß nach rechts oder links bieten würde, daß also der Kurs der Mitte ungefähr eingehalten würde, solange das Zentrum die Führung der Reichsgeschäfte in Händen hat. Eine gewisse Kontinuität der politischen Entwicklung könnte so garantiert sein, aber wie nun künftig im einzelnen regiert werden soll, auf welcher parlamentarischen Basis und unter welchem parlamentarischen Einfluß der Marxsche Kurs verwirklicht werden soll, auf diese Frage hat der Parteitag keinen bindenden Aufschluß gegeben. Wenn auch die Stellung des sogenannten linken Flügels — dessen Existenz man übrigens ausdrücklich bestritt — durch seinen Verlauf ohne Zweifel gestärkt wurde, wenn man im Zeichen einer ehrlieh gemeinten christlichen Politik sich über den Streit der letzten Wochen offiziell auszusöhnen wollte, so kommt doch für die künftige Haltung des Zentrums, wie wir schon oben sagten, nahezu alles darauf an, welche Kräfte in der neuen Fraktion den durch den Parteitag approbierten Kurs der Mitte in ihre Gunst nehmen werden. Die Entscheidung darüber haben zum großen Teil die Zentrumsmitglieder in der Hand.“

Die Richtlinien des Reichskanzlers

Graf Wray versucht in einem an den Reichskanzler gerichteten offenen Briefe die von zuständiger Seite gemachten Feststellungen über die Annahme der vom Reichskanzler für die Regierungsumbildung aufgestellten Richtlinien durch die Deutschnationalen durch eine Anzahl Fragen zu entkräften. Demgegenüber kann nur erneut betont werden, daß die durch Wray verbreiteten Feststellungen nach

übereinstimmender Auffassung des Reichskanzlers und der bei der in Frage kommenden Besprechung anwesenden Minister Stresemann und Brauns unzweifelhaft richtig sind.

Aus den Parteien

Der Vorsitzende der Deutsch-demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch, entschloß sich, die ihm angebotene Spitzenkandidatur des Wahlkreises Weiser-Ems wieder zu übernehmen.

Gegenüber der Behauptung, daß die Gründung einer liberalen Vereinigung auf die persönliche Initiative des Reichsministers Stresemann zurückzuführen sei, wird von der liberalen Vereinigung erklärt, daß die Gründung ausschließlich von den Kreisen der jetzt der liberalen Vereinigung angehörenden Mitglieder ausgeht.

Der bisherige Reichspräsident Wallraf wurde von den Deutschnationalen des Mittelrheins als Spitzenkandidat aufgestellt.

Wie mehrere Blätter aus Osnabrück melden, wird Fritz Bismarck doch wieder als deutschnationaler Spitzenkandidat für den Wahlkreis Weiser-Ems aufgestellt werden.

Badischer Teil

Eine Beleidigungsklage des General v. Deimling

DZ. Karlsruhe, 31. Okt. Das hiesige Schöffengericht verhandelte heute eine öffentliche Beleidigungsklage des General v. Deimling gegen den Verlagsleiter Karl Haber Siegler aus Baden-Baden und den früheren Hofapotheker und Stadtrat Albert Senff aus Bromberg, wohnhaft in Dossenheim. Gegenstand der Klage war ein am 15. August d. J. in der Wadener „Morgenszeitung“ erschienener und von Senff verfasster Artikel, worin unter Bezugnahme auf den Heidelberger Privatdozenten Gumbel und den General von Deimling folgende Wendung gebraucht wurde: „Wäre es nicht besser, wenn die beiden den deutschen Staat von den Füßen schütten und nach Frankreich zögen, wo sie sicher mit offenen Armen aufgenommen würden und eine feine Versorgungsstelle erhielten?“ Das Gericht erkannte auf je 100 Mk. Geldstrafe bezw. 10 Tage Gefängnis. Aus der inkriminierten Stelle wurde der schwerer Vorwurf herausgelesen, daß v. Deimling nicht mehr wert sei, in Deutschland zu leben, und in Konsequenz davon nach Frankreich ziehen solle, wo seiner eine reiche Belohnung harre. Die Angeklagten hatten eine beleidigende Absicht bestritten. Die Verhandlung selbst brachte politische Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien.

Badische Priester-Missionskonferenz

Am 13. Oktober fand in Karlsruhe zum ersten Mal im Erzbistum Freiburg eine Priester-Missionskonferenz unter der Leitung des Bischofsanwesenden, Konviktsdirektor Dr. Reinhard-Freiburg, statt. Dabei wurde mitgeteilt, daß der größte Teil des badischen Klerus der Unio cleri pro missionibus, die schon heute 105 000 Priester, darunter 20 000 deutschsprechende, umfaßt, beigetreten sei. Generalsekretär Vater Dr. Louis-Lachen gab im ersten Referat des Tages einen Überblick über die gegenwärtige Lage des deutschen katholischen Missionswesens und einen Rückblick auf die glänzende Missionsentwicklung vor dem Kriege. Deutschlands Katholiken seien innerhalb 40 Jahren an die zweite Stelle unter den missionisierenden Völkern der Erde getreten. Trotz der empfindlichen Schwächung der deutschen Missionskraft durch den Krieg und seine Folgen, sei die Entwicklung auch nach dem Kriege mit Unterstützung der beiden letzten Päpste fortgeschritten und heute hätten die deutschen Katholiken mehr Missionen, mehr Missionsgebiete und mehr Missionsbischofe als vor dem Kriege. Vater Käth S. J. referierte über die Heranbildung eines einheimischen Klerus in den Missionen und zeigte den gegenwärtigen Stand des einheimischen Klerus. Die Referate wurden mit einer regen Diskussion abgeschlossen.

Zugungen

Am Samstag und Sonntag tagte in Rastatt unter starker Beteiligung die diesjährige Generalversammlung des Badischen Verbandes für Frauenbestrebungen. Aus den meist internen Verhandlungen ist hervorzuheben der Beschluß, sich dem Landesverband gegen den Alkoholismus anzuschließen, ferner eine Entschliessung, an die einzelnen politischen Parteien mit dem Verlangen heranzutreten, daß die Frauen in den Parlamenten stärker vertreten sein sollten. Als erste und zweite Vorsitzende wurden wiedergewählt Frau Waffermann-Rannheim und Frau Bensheimer-Wannheim, sowie als Kassensührerin an Stelle der zurücktretenden Frä. Voth Fr. Dr. Kolb-Wannheim.

In Offenburg fand am Samstag Nachmittag die Generalversammlung des Augustinusvereins für Pflege der katholischen Presse, Landesgruppe Baden, statt. Der Bericht umfaßt zur Zeit rund 100 Mitglieder, ist damit die stärkste Gruppe im Reich. Prälat Dr. Schofer sprach über die politische Lage und gab hierüber die Richtlinien für die Presse.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirk Baden, hielt in Karlsruhe eine außerordentliche Landeskonferenz ab. In einer Entschliessung stellte man sich einmütig hinter den Hauptvorstand in dem Bestreben, eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zu erreichen, desgleichen die Wiedereinführung der wöchentlichen Lohnzahlung. Ferner wurde die Befestigung der 3 Wirtschaftsklassen und 5 Dreiklassen verlangt.

Am Sonntag fand in Karlsruhe unter starker Beteiligung auch von auswärts das Jahresfest des „Evangelisch-lutherischen Gottesdienstes in Baden“ (Verein zur Unterstützung der Lutheraner in der Diaspora) statt. Im Festgottesdienst predigte Pfarrer Jahn-Firringen. In der Nachversammlung in luth. Gemeindehaus berichtete der Vorsitzende über den in Halle a. S. abgehaltenen Vertretertag des Verbandes evangel. luth. Gotteskasten, dem 16 landeskirchliche und 2 freikirchliche Vereine angehören. Der Bericht zeigte, wie für die jetzt wohnenden Lutheraner, nicht nur für diejenigen in der Diaspora deutscher luth. Landeskirchen und in luth. Freikirchen, sondern auch für die jenseits der deutschen Grenzen, in der Schweiz und in Böhmen, in Polen, Rußland und in Brasilien gesorgt wird. Eine reiche Kollekte bewies das Bestehen der Festgemeinde für die Arbeit an der luth. Diaspora.

Zugverkehr mit der Bergstraße. Zur Verbesserung des Sonntagsverkehrs von und nach der Bergstraße werden die Personenzüge 916, Darmstadt ab 8.00 Vorm. nach Heidelberg und Mannheim sowie 931, Heidelberg ab 9.35 Vorm., Mannheim ab 9.34 Vorm. nach Darmstadt bis auf weiteres an Sonn- und Feiertagen regelmäßig geführt. Sie fallen daher vom 1. Nov. bis 31. März lediglich Werktags aus.

DZ. Schwenningen, 31. Okt. Aus seit dem 7. April bestehende Lohnabkommen ist von den beteiligten Arbeitnehmer-Organisationen der Ulmerindustrie auf den 1. November genehmigt worden.

Aus der Landeshauptstadt

Für die Aufbewahrung von Krankensahrfahrten und Selbstfahrern von Kriegsbeschädigten werden, wie uns der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gauleitung Baden (Karlsruhe, Kriegsstr. 5) mitteilt, von Seiten der Gepädaufbewahrungsstelle der Bahnhöfe keine Gebühren mehr erhoben, soweit es sich um ein vom Reiche geliefertes Fahrzeug handelt. — Die Benutzung von Eil- und Schnellzügen mit Fahrkarten 4. Klasse zu ermäßigten Preisen für Kriegsbeschädigte ist nur zulässig, wenn die Fahrpreismäßigung nach dem Tarif für diese Zugkategorien in der 3. Klasse gewährt wird.

Besuchwechsel. Hier ging das Schloßhotel durch Verkauf in den Besitz des Herrn Gabler-Heidelberg, Besitzer des Europäischen Hofes, über.

Walter Giesling, einer der stärksten und eigenartigsten Vertreter des internationalen Pianistentums wird nun auch bei uns zum erstenmal einen vollständigen Klavierabend geben, nachdem er sich im vorigen Winter durch die Mitwirkung im Symphonieorchester unter Fischer's Leitung so glänzend eingeführt hat. Das Programm seines Klavierabends, der kommenden Dienstag, den 4. November abends halb 8 Uhr im Eintrachtsaal stattfinden wird, umfaßt nur drei Nummern, jedoch Werke von monumentaler Bedeutung, nämlich die englische Suite Nr. 6 von Bach, die Kreisleriana von Schumann und die Variationen und Fuge über ein Thema von Bach, das ap. St von Meyer. Alle drei Werke sind seit vielen Jahren nicht mehr in Karlsruhe gespielt worden, sie bilden stärkste Gegenstücke und bringen daher die größtmögliche Abwechslung in das Programm. Da dieses zweite Meisterkonzert der Konzertdirektion Kurt Neufeldt zweifelslos das pianistische Ereignis dieser Konzertsaison darstellt, wurde der Beginn auf halb 8 Uhr angesetzt, um den zahlreichen auswärtigen Besuchern Gelegenheit für die Rückkehr zu bieten.

Landestheater. In der letzten Zeit wurden durch die Kontrolle Personen im Landestheater ohne Eintrittskarte angetroffen. In einem besonderen Falle wurde der Besucher der Polizei angezeigt. Die Kontrolle der Eintrittskarten der Besucher wurde infolgedessen verschärft. Rechtmäßige Inhaber von gültigen Eintrittskarten werden diese Kontrolle nicht als Belästigung empfinden. — Die Erfahrungen aus der letzten Zeit erfordern es ferner, darauf aufmerksam zu machen, daß das Rauchen im Landestheater streng verboten ist.

Handel und Wirtschaft

Börsen und Märkte

Wochenschau nach dem Stande vom 30. Oktober.

Börse: Die Börse war in dieser Woche verhältnismäßig freundlicher, ohne daß aber die Geschäftsveränderung behoben werden konnte. Vorübergehend trat wohl eine Beseitigung ein, doch folgte ihr sofort wieder eine allgemeine Geschäftstillheit. Man ist sehr erntetüchtig über die Verhandlungen über Herabsetzung der Börsenumsatzsteuern. Die Erklärungen des Reichsfinanzministers im Zusammenhang mit einem allgemeinen Steuerabbau auch den Wünschen auf Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer entgegenzukommen, wurden kühl aufgenommen, da Zeitpunkt und Umfang einer Ermäßigung noch gänzlich unbekannt sind. Die fortgesetzte Kämmung des Ruhrgebietes blieb auf der Börse ohne Einfluß; die Wahlbewegung und die damit verbundenen politischen Kombinationen waren der Geschäftsabwicklung eher abträglich. Für eine Reihe wichtiger Entscheidungen, wie Aufwertungsfragen und Steuerfragen, bedeutete die Reichstagsauflösung eine neue Verzögerung. Immerhin vertraut die Börse darauf, daß die Neubildung klarer Parteiverhältnisse schaffen und der neue Reichstag energischer an die Lösung der Aufwertungsfrage herangehen werde. Auf Anleihe und Aktienmarkt liegt die Tendenz im allgemeinen fest und die Kurse konnten sich bei geringer Bewegung behaupten.

Geldmarkt: Der Geldmarkt blieb flüchtig. Der Monatswechsel hatte zwar einzelne Anforderungen verstärkt, aber die Geldmarktlage nur wenig vertieft. Die Geldsätze haben seit langem keine Veränderung mehr erfahren. Der neue Reichsbankausweis, der erste seit dem Inkrafttreten des neuen Reichsbankgesetzes, zeigte einen günstigen Abschluß. Auf dem Devisenmarkt ging der Bedarf stark zurück. Die Devisenkurse zeigten nur geringfügige Veränderungen.

Produktenmarkt: Die Waage am Getreidemarkt hat sich weiter verschärft. Es fehlt jede Geschäftslust. Den Anstoß gaben die starken Abschläge der amerikanischen Preisnotierungen. Vom Getreidemarkt ausgingen über die Grundtendenz auf dem Futtermittelmarkt gleichfalls einen Preisrückgang aus. Auf dem Weizenmarkt sind infolge Preisunterbietungen aus zweiter Hand die Preise abgeschwächt. Für Heu und Stroh wurden 8 bezw. 5,5 Mark pro Doppelztr. bezahlt. In der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 211 (min. 12), Roggen 208 (min. 10), Sommergerste 266 (min. 14), Winter- und Sommergerste 216 (min. 15), Hafer 186 (min. 5) Mark pro Tonne und Mehl 32 (min. 2,5) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Die Großhandelsindexziffer ist in dieser Woche von 131,31 um 2 Prozent auf 128,5 zurückgegangen. Die Lebensmittelpreise sind immer noch sehr hoch. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bleiben zwar hinter den Weltmarktpreisen zurück, doch wird die Spame durch übergroße Gewinne des Zwischenhandels immer mehr erweitert. Die Regierung plant, in diesem Punkt eine besondere Kontrolle auszuüben. Die Preise für Eisen und Kohlen blieben unverändert. Nach Meldungen der Ruhrkohlenindustrie ist eine Herabsetzung der Kohlenpreise zumal angesichts der erhöhten Lohnforderungen der Gewerkschaften in Bälde nicht zu erwarten. Nach der neuesten Statistik ist der Außenhandel im Monat September mit 60 Millionen Mark immer noch passiv. Der verstärkte Rohstoffimport stand keine entsprechende Ausfuhr von Fertigfabrikaten gegenüber.

Nachmarkt: Der Auftrieb zu den Schlachtwirtschaften war mit Ausnahme von Schweinen durchweg niedriger. Die Preise blieben unverändert, da auch der Bedarf gering war, so daß trotz der geringen Zufuhr vereinzelt noch ein Überstand blieb.

Holzmarkt: Die Lage auf dem Holzmarkt ist unverändert. Die Nachfrage nach Brennholz, soweit es für den Winterbedarf sofort greifbar ist, hat sich gebessert. Auf dem Papierholzmarkt ist der Handel lebhafter.

hervorragend bewährt bei: D. 323

	Gicht	Grippe
	Rheuma	Nerven- und Ischias Kopfschmerzen

Toga stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Klinisch erprobt — In allen Apotheken erhältlich. Best. 74,3% Acid. acet. salic., 0,46% Chinin, 12,6% Li., ad 100 Amyl.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Laubersheim, 28. Okt. In der Lauber ist hier lt. Lauber- und Frankenhote — eine Bismarck beobachtet worden. Dieser gefährliche Fischräuber war vor Jahren wegen seines wertvollen Felzes in Böhmen ausgefetzt worden, hat sich über Nordbayern verbreitet und ist bereits in unseren Gewässern heimisch geworden. Wenn sich das Tier vermehren sollte, würde der Fischbestand ruiniert werden. Die Ausrottung wäre daher schleunigst zu betreiben.

D.3. Heidelberg, 30. Oktober. Der Allgemeine Studentenausschuss ersucht in der soeben erschienenen ersten Nummer der Akademischen Mitteilungen die Studentenschaft, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Wiederaufnahme der Vorlesungen durch den Privatdozenten Dr. Gumbel Kundgebungen irgendwelcher Art unterbleiben, da sonst die Universitätsbehörde dagegen einschreiten müßte. Kundgebungen würden als ein Eingriff in das schwebende Disziplinarverfahren gegen Dr. Gumbel angesehen werden.

D.3. Heidelberg, 27. Okt. Geheimrat Mohrhurst, der Leiter des hiesigen Volksschulwesens, hat um die Versetzung in den Ruhestand nachgesucht. Mohrhurst ist 1860 zu Wittau (Amt Freiburg) geboren und einer der hervorragendsten Schulmänner des Landes. Er ist auch bekannt als nationalliberales Mitglied der früheren Zweiten Kammer, der er von 1900 bis 1918 angehörte, dabei lange Jahre als Präsident.

D.3. Heidelberg, 1. November. Gestern morgen starb hier im Alter von 60 Jahren der ordentliche Professor der Pharmakologie, Geheimrat Dr. Rudolf Gottlieb. Der Verstorbene habilitierte sich hier 1892 und wurde 1898 ordentlicher Professor an der hiesigen Universität.

D.3. Schwetzingen, 30. Oktober. Eine Anzahl oberbadischer Krankenkassen hat sich zusammenschlossen, um in Bad Dürheim das Hotel „Waldhof“ als Kurort für ihre Mitglieder einzurichten und zu betreiben.

D.3. Pforzheim, 31. Oktober. Stadtpfarrer Becker wurde von der Bezirksynode Pforzheim-Stadt zum Delan gewählt anstelle des verstorbenen Delans Roggenburger.

D.3. Offenburg, 27. Okt. Der neugegründete Automobilklub „Schwarzwald“, Sitz Offenburg, der jüngste Automobilklub Badens, veranstaltete am Samstag eine Veraprüfungsfahrt auf den Kniebis. Die Fahrtstrecke begann hinter Griesbach beim Kilometerstein 12,5 und endete unweit der württembergischen Grenze beim Kilometerstein 19. Die Länge der Bahnstrecke betrug 6 1/2 Kilometer. In dieser verhältnismäßig kurzen Strecke sind nicht weniger als 65 scharfe Kurven enthalten. Die Steigung beträgt 8—12 Prozent. Die Beteiligung war sehr gut, sogar aus Frankfurt a. M. und aus ganz Württemberg hatten sich Mitfahrer eingefunden. Unfälle sind nicht vorgekommen.

Gasthof i. R., 25. Okt. Nach einer Meldung der Freiburger „Volkswacht“ hat die Firma „Stahlwerke Gasthof“ (vormals Gasthof) unterm 20. Oktober der ganzen Belegschaft durch Anschlag ihre Entlassung mitgeteilt. Diese folgenschwere Maßnahme wird seitens der Leitung der Werke mit Mangel an Aufträgen begründet. Etwa 250 Arbeiter werden davon betroffen.

Nach langer Krankheit verschied heute in Heidelberg der langjährige stellvertretende Vorsitzende unseres Aufsichtsrats

Herr

Karl Wipfler

Rentner.

Der Heimgegangene, der uns persönlich nahe stand, hat an der Entwicklung unseres Unternehmens den lebhaftesten Anteil genommen und uns mit Rat und Tat stets bereitwilligst beigegeben.

Wir werden ihm ein dauerndes, dankbares Andenken bewahren.

Karlsruhe, den 31. Oktober 1924.

Aufsichtsrat und Vorstand der Brauereigesellschaft vorm. S. Moninger.

D.712

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

D.202

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Genossenschaftliche Winzerstuben

Bauernschenke

KARLSRUHE i. B.

Am Stadtgarten 21a

Ausschank der badischen Winzergenossenschaften

Erstklassige Weine

Gute Küche

D.703

Drucksachen für die Reichstagswahl

Flugblätter, Plakate usw.



fertigt in kürzester Frist

G. Braun

vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag

Karlsruherstraße 14 Karlsruhe Telefon Nr. 952, 953, 954

Privat Handelsschule „Merkur“

Karlstraße 13 KARLSRUHE Telefon 2018

Neue Tageskurse

in sämtlichen kaufm. Fächern und

Neue Abendkurse

in Buchführung, Bilanzwesen, Rechnen, Korrespondenz, Steuerrecht, kaufm. Rechtskunde, Maschinenschreiben, Reichskurzschrift

Beginn 4. November

Die Schulleitung: Dr. K. Döll

D.706

Badisches Landestheater.

Sonntag, 2. Nov. 7—9 1/2 Uhr. Sp. I M. 8.00.

Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201—300, 501—600.

Gleichzeitig Volksbühne Nr. 2.

Unter musikalischer Leitung von Wilhelm Franz Reuß vom Deutschen Opernhaus Charlottenburg a. G.

Fidelio.

Eintrachtsaal

Dienstag, 4. November, 7 1/2 Uhr

2. Meister-Konzert

Walter

GIESEKING

Bach: Englische Suite Nr. 6

Schumann: Kreisleriana

Reger: Bach-Variationen D.697

Karten zu M. 5.—, 4.—, 3.— und 2.— bei

Kurt Neufeldt, Waldstraße 39

Kapital.

Zur Anlage von Geldern in prima Hypotheken oder Effekten empfiehlt sich

Joseph Liebmann

Bankgeschäft

Kriegsstraße 116 Telefon 75, 938 und 971.

Reisende und Vertreter

bei festem Gehalt oder hoher Provision zum Besuche der Landwirtschaft gesucht.

Es kommen nur reddegewandte Personen in Frage, die ein intensives Arbeiten gewöhnt sind.

Adolf Schwarz, Alpirsbach

(Württemberg, Schwarzwald).

Guter Schlaf ist das beste

Heilmittel.

Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmatratzen, an Private.

Bequeme Bedingungen. Katalog 78 R. frei.

Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe i. Baden

Die Aktionäre werden hiermit zu der am

Dienstag, den 25. November 1924, mittags 12 Uhr

in den Geschäftsräumen unserer Fabrik, Karlsruhe, Wattstraße 1, stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage und Genehmigung der Goldmarkteröffnungsbilanz ab 1. Januar 1924, sowie des Prüfungsberichts des Vorstandes und Aufsichtsrates nebst Umstellungsplan und Beschlusfassung über die Umstellung und ihre Durchführung.

2. Abänderung der Satzungen in Gemäßheit des Beschlusses zu 1. betreffend § 2 (Grundkapital und Vorzugsaktien).

Die Befitzer von Inhaberkonten, welche an der außerordentlichen Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien spätestens am

Donnerstag, den 20. November 1924

während der Geschäftsstunden

bei unserer Kasse oder

bei der Rheinischen Kreditbank, Filiale Karlsruhe, oder

bei Sal. Oppenheim jun. & Cie. Köln a. Rhein, oder

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft Frankfurt a. M. oder

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin oder

bei der Deutschen Verlehrsbank, Berlin, oder D.709

bei einem deutschen Notar zu hinterlegen.

Karlsruhe, den 30. Oktober 1924.

Der Vorstand.

Gemischte Wagonladungen

la Schweizer Tasterbock

Spezialwagen

Schweizer Postlopp

und Jägeräpfel

liefert prompt u. billig.

Offerten unter D.710 an

die Expedition der Karlsruher Zeitung.

INDUSTRIE-AUSSTELLUNG

Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends Eintritt 30 Pfg. Ausstellungskatalog 30 Pfg.

mit Beiträgen von Geh. Oberbaurat Prof. Dr. Ing. Rehbock / Prof. Dr. Teichmüller / Prof. Dr. Freudenberg

Prof. Dr. Ing. Gaber / Prof. Dr. Ing. Probst / Prof. Dr. Hausrath / Ingenieur Frank

D.665

Wirtschaftsbetrieb ————— Künstlerkonzert ————— Abends Radiokonzert

Druck G. Braun, Karlsruhe.